

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 16 / 82

Berlin

22. April 1982

49. Jahrgang

Stiglitz

Wandel von Berufsstruktur und Arbeitsmarktpositionen

Auf dem Höhepunkt der Beschäftigung, im Jahre 1973, waren in der Bundesrepublik Deutschland 27 Mill. Personen erwerbstätig. Bis 1980 haben Konjunkturrückschläge und Strukturwandel zum Abbau von rund einer Million Arbeitsplätzen geführt. Danach hat sich die Situation nochmals verschlechtert; am Jahresanfang 1982 erreichte die Zahl der Arbeitslosen fast zwei Millionen. Von dieser Entwicklung waren die Berufsgruppen unterschiedlich betroffen. Berufe mit steigender Arbeitsplatzzahl und unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit standen solchen mit ungünstiger Entwicklung gegenüber. Von Bedeutung waren dabei technologische Veränderungen, die auf Tätigkeitsanforderungen einwirken, Einflüsse des internationalen Wettbewerbs, fortschreitende Konzentration, Branchenkonjunktoren und eine Veränderung des öffentlichen Leistungsangebots vor allem im Bereich Gesundheit, Bildung und soziale Dienste.

Methode und Datenlage

Die Umschichtungen in der Berufsstruktur werden durch einen Vergleich der Verteilung der Erwerbstätigen auf die Berufe in den Jahren 1973 und 1980 dargestellt (Berufsgewicht). Als Indikator dient der Anteil der Zahl der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) in einem Beruf an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge). Lehrlinge werden statistisch zwar als Erwerbstätige gezählt; ihre Zahl hat seit 1977 stark zugenommen¹. Tatsächlich aber besetzen sie keinen Arbeits-, sondern einen Ausbildungsplatz. Allerdings sind vor allem in einigen Bereichen des Handwerks die Übergänge fließend.

Längerfristige Untersuchungen der Berufs- und Ausbildungsstruktur der Erwerbstätigen müssen sich, da andere Materialien nicht vorliegen, auf die Mikrozensus stützen. Durch die Anpassung der hochgerechneten Erhebungsdaten an die der Bevölkerungsstatistik werden in den Mikrozensus zu viele Erwerbstätige ausgewiesen. Eine Korrektur der Mikrozensusdaten wird erst nach der Volks- und Berufszählung (voraussichtlich 1983) möglich. Es liegt eine Auswertung nach Beschäftigungsfällen vor, in der nicht nach Voll- oder Teilzeitarbeit getrennt wurde. Als Beruf wird der ausgeübte Beruf nach der Systematik des Statistischen Bundesamtes erfaßt. Es ergeben sich dabei Unschärfen in der Zuordnung, die zu einer starken Besetzung von Kategorien ohne nähere Tätigkeitsangabe führen.

Vergleich der Basisdaten

In Mill. Personen

	1973	1980
Erwerbstätige		
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	26,7	25,8
Mikrozensus	27,0	26,9
Lehrlinge ¹⁾	1,3	1,7
Erwerbstätige (ohne Lehrlinge)	25,7	25,2

1) Fachserie 11, Reihe 3.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Vgl. Immer noch zu wenig Lehrstellen. Bearb.: Ulrich Brasche. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/81.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird die Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen, aber nicht nach Berufen gegliedert ausgewiesen. Allerdings besteht in den meisten Berufen ein sehr enger Zusammenhang zwischen Wirtschaftszweig und Beruf. Um die Unschärfenbereiche des Mikrozensus näher einzugrenzen, wurde die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftszweige nach beiden Quellen verglichen.

Im Mikrozensus wird der starke Rückgang der Erwerbstätigkeit seit 1973 nicht wiedergegeben. In der Struktur zeigen sich jedoch — wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — die Verschiebungen zu den Dienstleistungen. In der Tendenz gleichgewichtet ist in beiden Statistiken die Abnahme der Erwerbstätigenzahl in der Landwirtschaft. In den Fertigungsberufen gibt der Mikrozensus die tatsächliche Abnahme allerdings nur teilweise wieder. Es ist anzunehmen, daß die Strukturverschiebungen noch akzentuierter sind, als sie in der folgenden Analyse dargestellt werden.

Die Situation der einzelnen Berufe kommt nicht nur in der Arbeitsplatzentwicklung, sondern auch in der Arbeitslosigkeit² zum Ausdruck. Auskunft darüber gibt die Kennziffer „relative Arbeitslosigkeit“, d. h. die Abweichung des Arbeitslosenanteils (Relation Arbeitslose zu Erwerbspersonen) in den einzelnen Berufen vom Durchschnitt. Da Daten zur Erwerbstätigkeit nach Berufen nur bis 1980 vorliegen, kann die Auswirkung des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit seit 1980 nicht durch diese Kennziffer beschrieben werden. Statt dessen wird die aktuelle Situation durch die Daten über die Arbeitslosigkeit bis September 1981 dargestellt.

Aufgrund der schmalen statistischen Basis und der Unschärfen, die aus der Verknüpfung unterschiedlicher Quellen resultieren, können nur Tendenzen in der Berufsstrukturentwicklung dargestellt werden. Eine Fortschreibung dieser Tendenzen ist nicht zulässig, da damit gerechnet werden muß, daß die Entwicklung instabil ist. Bisher nicht abschätzbare Einflüsse — z. B. Technologieentwicklung — führen bei Detailaussagen zu Fehlerbandbreiten in den Prognosen, die so groß sind, daß sie keine gesicherte Grundlagen für Zukunftsentscheidungen liefern³. Dennoch werden im folgenden Überlegungen zu möglichen künftigen Entwicklungen bei einigen Berufsbereichen angestellt.

Erheblicher Arbeitsplatzverlust in den Fertigungsberufen und der Landwirtschaft

Die Zahl der Erwerbstätigen in den Fertigungsberufen hat nach den Ergebnissen des Mikrozensus von 1973 bis 1980 um 0,9 Mill. abgenommen. Einige Berufe sind davon besonders betroffen.

In den beiden großen metallverarbeitenden Berufsgruppen (Metallerzeuger und -bearbeiter, Schlosser und Mechaniker), deren Berufsgewicht im Beobachtungszeitraum um insgesamt 0,6 vH-Punkte auf 8,4 vH zurückfiel, gingen nahezu 210 000 Arbeitsplätze verloren. Davon entfiel der größte Teil auf die Metallerzeuger und -bearbeiter mit relativ geringem Ausbildungsstand. In den Bauberufen waren besonders Maurer, Betonbauer sowie Bauhilfsarbeiter von den stark rückläufigen Arbeitsplatzzahlen (– 225 000) betroffen, das Berufsgewicht verminderte sich um 0,7 vH-Punkte auf 4,3 vH-Punkte. Hier zeigen sich sowohl die Auswirkungen der Nachfrageabschwächung im öffentlichen Tiefbau und im Wohnungsbau als auch allgemeine konjunkturelle Einflüsse.

Bei den Textil- und Bekleidungsberufen — der dritten großen Gruppe — gingen 144 000 Arbeitsplätze verloren, wobei vor allem Berufe mit nur durchschnittlichem Ausbildungsstandard betroffen waren. Hier hat der Wettbewerb mit Billiglohnländern zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten geführt.

In den land- und forstwirtschaftlichen Berufen hat sich der Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze weiter fortgesetzt. 1980 waren 520 000 Personen weniger in diesen Berufen tätig als 1973; das Berufsgewicht betrug nur noch 5,5 vH (– 1,9 vH-Punkte). Dabei hat sich vor allem der weitere Rückgang der Zahl mithelfender Familienangehöriger (– 329 000) ausgewirkt, der durch die Konzentration auf große Betriebseinheiten, das altersbedingte Ausscheiden mithelfender Familienangehöriger und die Abwanderung zu Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft bedingt war⁴.

Bei den Bergleuten und Mineralgewinnern hat sich trotz veränderter energiepolitischer Rahmenbedingungen und Prioritäten die Zahl der Arbeitsplätze um 45 000 verringert; das Berufsgewicht ging um 0,2 vH-Punkte auf 0,4 vH zurück. Dies ist vor allem eine Auswirkung der Sanierung des Steinkohlenbergbaus, in deren Folge der unrentable Abbau eingeschränkt und die Erschließung neuer Abbaugelände reduziert wurde. Hier zeichnet sich

² Arbeitslos im statistischen Sinne ist nur, wer sich beim Arbeitsamt zur Vermittlung zur Verfügung stellt. Sowohl „unechte“ Arbeitslose als auch die sogenannte „Stille Reserve“ sind statistisch kaum erfassbar; für eine Zuordnung auf einzelne Berufsgruppen gibt es überdies keine Anhaltspunkte.

³ Vgl. dazu das Schwerpunktheft „Prognosen“, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3, 1980.

⁴ Vgl. Fasterding, F.: Landwirtschaft unter veränderten Rahmenbedingungen: Auswirkungen auf die Faktormärkte — Arbeitskräftemarkt, Referat, Hohenheim 1981 sowie Braun, J. von; de Haen, H.: Die langfristige regionale Entwicklung in der Landwirtschaft, in: Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft, Heft 216, Münster, Hiltrup 1979.

Veränderung der Berufsstruktur 1973 bis 1980

	Arbeitsplätze ¹⁾			Berufsgewicht ²⁾		
	1973	1980	Veränderung	1973	1980	Veränderung
Alle Berufe	25739	- 1000 - 25173	- 566	100,0	- vH - 100,0	-
darunter:						
Land- und forstwirtsch. Berufe	1942	1419	- 523	7,5	5,5	- 1,9
Hilfshandw., Landwirtschaft	807	478	- 329	3,1	1,8	- 1,2
Bergleute, Mineralgewinner	150	106	- 45	0,6	0,4	- 0,2
Fertigungsberufe	9037	8146	- 892	35,1	32,4	- 2,8
Technische Berufe	1329	1447	118	5,2	5,7	0,6
Dienstleistungsberufe	12893	13651	758	50,1	54,2	4,1

Berechnungen aus nicht gerundeten Zahlen.

1) Erwerbstätige, ohne Lehrlinge. - 2) Anteil der Berufsgruppe an allen Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge), in vH.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

eine Wende aber bereits ab. Um den Einsatz heimischer Steinkohle zu steigern, ist eine deutliche Erhöhung des Personaleinsatzes für Erschließungsarbeiten und die Ausbeutung weniger ergiebiger Vorkommen notwendig; da die Mechanisierung inzwischen weitgehend abgeschlossen ist, sind künftig keine erheblichen Rationalisierungsfortschritte mehr zu erwarten. Die seit einigen Jahren wieder steigende Zahl von Lehrlingen im Bergbau ist ein Indiz für den künftig wachsenden Personalbedarf.

Die technischen Berufe konnten 118 000 Arbeitsplätze dazugewinnen und ihr Gewicht um 0,6 vH-Punkte auf 5,7 vH vergrößern. Vor allem die Ingenieure (+ 40 000) und Techniker (+ 60 000), aber auch die technischen Zeichner (+ 11 000) haben von diesem Anstieg profitiert.

Vom Strukturwandel sind sowohl Facharbeiterberufe (Schlosser, Mechaniker, Maurer, Betonbauer, Tischler, Maler) als auch „Jedermannberufe“ (Warenprüfer, Hilfsarbeiter, Chemiewerker) durch Arbeitsplatzabbau betroffen, während die höherqualifizierten technischen Berufe verstärkt nachgefragt wurden. Es wird angenommen, daß künftig die Arbeitsproduktivität nicht mehr so schnell steigt wie in der Vergangenheit; der Arbeitsplatzabbau könnte sich dann verlangsamen. Allerdings liegen in der Einführung neuer Technologien Rationalisierungspotentiale, deren Ausmaß kaum abzuschätzen ist.

Expansion der Dienstleistungsberufe

In den Dienstleistungsberufen waren 1980 fast 0,8 Mill. Personen mehr als 1973 und damit über die Hälfte aller Arbeitsplätze angesiedelt. Dieser Zuwachs wurde allerdings durch eine uneinheitliche

Entwicklung bewirkt; einer Zunahme in den meisten Berufen steht ein Arbeitsplatzabbau bei den Warenkaufleuten, das sind vor allem Verkäuferinnen (- 93 000), und in den Verkehrs-, Nachrichten-, Lager- und Transportberufen (- 96 000) gegenüber. Ebenfalls weniger Erwerbstätige als 1973 wurden bei den Gästebetreuern, den hauswirtschaftlichen Berufen und den Reinigungsberufen gezählt (- 110 000).

In den vier großen Dienstleistungsberufen (Büroberufe, Gesundheitsdienstberufe, Lehrer, sozialpflegerische Berufe), die 1980 fast ein Viertel aller Arbeitsplätze boten, waren gegenüber 1973 860 000 Personen mehr beschäftigt. Vor allem die Ausweitung der Bürotätigkeiten hat das Berufsgewicht der Bürofach- und -hilfsberufe um 1,8 vH-Punkte (+ 368 000) auf 16,2 vH steigen lassen. Bisher haben Rationalisierungsbemühungen im Büro- und Angestelltenbereich die außerordentliche Steigerung des Personaleinsatzes nicht bremsen können. Allerdings sind im betrachteten Zeitraum neue Techniken der Daten- und Textverarbeitung noch nicht weit zur Anwendung gekommen; ihre Durchsetzung ist für die kommenden Jahre zu erwarten.

Der Ausbau des Gesundheitswesens hat dazu geführt, daß 1980 3,6 vH (+ 0,9 vH-Punkte) aller Arbeitsplätze in Berufen des Gesundheitsdienstes angesiedelt waren. Besonders ausgeprägt war der Anstieg beim nichtakademischen Personal (+ 193 000); aber auch die Zahl der Ärzte und Apotheker lag um 23 000 über dem Niveau von 1973. Dieser Personalbestand wird sich — beim gegebenen Stand der medizinischen Versorgung und ihrer Organisation — auch bei insgesamt rückläufiger Bevölkerung nicht verringern⁵, da der Anteil der alten Menschen zunimmt.

Die Wohnbevölkerung im Alter von sechs bis zwanzig Jahren war 1980 um mehr als 900 000 Personen kleiner als 1973. Wegen steigender Bildungsbeteiligung sank die Zahl der Schüler in dieser Altersgruppe nur um knapp 200 000 Personen. Da auch die Zahl der Lehrer zunahm (um 177 000), konnte die Schüler-Lehrer-Relation von 26,5 auf 21,1 verbessert werden. Die Zahl der Arbeitsplätze für Lehrer ist abhängig von der Bereitschaft und Fähigkeit des Staates, für Bildung erhebliche und langfristig bindende Personalaufwendungen zu erbringen. Neben dem in jüngerer Zeit immer bedeutender werdenden Finanzierungsaspekt sind sinkende Schülerzahlen und Qualitätskriterien (Schüler-Lehrer-Relationen) für den künftigen Lehrbedarf ausschlaggebend. Der künftige Personaleinsatz im Bildungswesen ist weitgehend von bildungspolitischen Entscheidungen abhängig⁶.

Fast verdoppelt hat sich das Berufsgewicht der sozialpflegerischen Berufe auf 1,1 vH durch 125 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Darunter fallen die Sozialarbeiter, -pfleger und -pädagogen sowie das Kindergartenpersonal. In diesen Bereichen hat der Staat verstärkt Leistungen übernommen, die zuvor in der Familie erbracht wurden. Im Bereich Sozialarbeit ist auch künftig mit steigenden Anforderungen zu rechnen, deren Erfüllung durch den Staat im wesentlichen von den Finanzierungsmöglichkeiten abhängt. Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter wird wieder steigen und zu einem eher zunehmenden Personalbedarf führen.

Ungleiche Arbeitsmarktpositionen

Seit Jahren liegt das Angebot an Arbeitsplätzen erheblich unter der Nachfrage. Bei nachlassender Nachfrage nach Arbeitskräften und verstärktem Angebotsdruck aus geburtenstarken Jahrgängen sanken die Arbeitsmarktchancen in einzelnen Berufen; überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit war die Folge. Andere Berufe dagegen boten bei steigender Arbeitsplatzzahl und unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit relativ stabile Beschäftigungspositionen. Allerdings kann bei keinem der Berufe von Vollbeschäftigung gesprochen werden; die Differenzierung ergibt sich aus der unterschiedlichen Höhe der Arbeitslosigkeit.

Aus einer Analyse der Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit in den Berufen im Zeitraum von 1973 bis 1980 sowie des berufsspezifischen Verlaufs der Arbeitslosigkeit 1981 gegenüber 1980 wurden die Arbeitsmarktchancen der Berufe ermittelt. Es wurde eine Einteilung in vier Gruppen vorgenommen, wobei die Übergänge allerdings fließend sind. Neben eindeutig vom Durchschnitt abweichenden Berufsentwicklungen gibt es

solche, deren Einordnung in dieses recht grobe Raster nicht möglich ist, weil entweder keine markanten Entwicklungen vorliegen oder statistische Erfassungsmängel eine Auswertung verbieten. Die Einstufungen dürfen im übrigen nur als Durchschnittsaussage verstanden werden, bei denen von persönlichen, regionalen und branchenstrukturellen Besonderheiten abgesehen wird.

Die Entwicklung der Arbeitsplatzzahl und des Berufsgewichts, wie sie in den vorigen beiden Abschnitten beschrieben wurde, ist das erste Kriterium zur Bestimmung der Arbeitsmarktposition. Als zweites dient die Zahl der Arbeitslosen 1980 und ihr Anteil an der Erwerbspersonenzahl⁷. Die relative Arbeitslosigkeit, also die Differenz zwischen dem Arbeitslosenanteil im jeweiligen Beruf und dem durchschnittlichen Arbeitslosenanteil aller Erwerbspersonen, verdeutlicht die unterschiedliche Lage der Berufe (vgl. Spalte 6 der Tabelle). Die Analyse der Berufsstrukturentwicklung kann nur bis 1980 durchgeführt werden; erst aus dem Mikrozensus von 1982 werden wieder Berufsinformationen vorliegen. 1981 gegenüber 1980, als sich die Arbeitslosigkeit um mehr als 50 vH erhöhte, haben sich allerdings die Arbeitsmarktbedingungen in einzelnen Berufen sehr unterschiedlich entwickelt. Es wird untersucht, ob der erneute Anstieg der Arbeitslosigkeit die Tendenzen, die sich in den siebziger Jahren herausgebildet haben, bestätigt (Spalten 7 und 8).

Eine *günstige* Arbeitsmarktposition wird Berufen zugewiesen, in denen die Arbeitsplatzzahl zugenommen hat und die Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt lag. In den meisten dieser Berufe, in denen über ein Drittel aller Erwerbstätigen erfaßt waren, war auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit 1981 unterdurchschnittlich. Zwar stellten in dieser Gruppe die Rechnungskaufleute und Bürokräfte die meisten Arbeitslosen, aber ihr unterdurchschnittlicher Arbeitslosenanteil und der relativ geringe Anstieg gegenüber 1980 gibt ihnen eine (noch) gün-

⁶ Vgl. Birg, H.; Blazejczak, J.; Görzig, B.; Kirner, W.; Müller, W. und Stille, F.: Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Struktur und Niveau der Gesamtnachfrage, Gutachten im Auftrag des BMWi, Berlin 1981, S. 323 ff. (als Manuskript vervielfältigt).

⁷ In der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans (Stand Dezember 1981) wird wegen dringender Qualitätsverbesserung im Bildungswesen und der demographisch bedingten Ausweitung der Hochschulen mit einem bis 1985 ansteigenden Lehrbedarf gerechnet.

⁸ Daten zur Arbeitslosigkeit in den Berufen werden den Strukturuntersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit (jeweils September) entnommen. Unter Berücksichtigung der eingeschränkten Zuverlässigkeit der Mikrozensus wird der Arbeitslosenanteil — abweichend von der üblichen Definition der Arbeitslosenquote — als Relation Arbeitslose zu Erwerbspersonen berechnet (1980 3,0 vH). Die relative Position der einzelnen Berufe wird somit unbeeinflusst von der sozialen Stellung im Beruf zutreffend wiedergegeben.

stige Arbeitsmarktposition. Die Bürotätigkeiten werden sich als Folge der Automatisierung des Büros, die noch am Anfang steht, erheblich wandeln; die Zahl der Büroarbeitsplätze wird bei verstärktem Einsatz der Daten- und Textverarbeitung in Klein- und Mittelbetrieben und in der öffentlichen Verwaltung wahrscheinlich sogar zurückgehen. Teilweise entstehen aber neue Berufe und Arbeitsplätze bei der Anwendung der neuen Techniken; eine volle Kompensation der Rationalisierungseffekte ist indes nicht zu erwarten. Die Ausweitung des Bankgeschäfts und der Wettbewerb um den Kunden im Filialgeschäft hat den Personalbedarf bisher trotz des Einsatzes der Datenverarbeitung steigen lassen. Der Einsatz automatischer Buchungssysteme, die direkt vom Kunden, eventuell in Verbindung mit den Leistungen der „Bildschirmtext“-Anlagen, bedient werden, eröffnet Rationalisierungsmöglichkeiten, die künftig zu einem Personalabbau führen könnten. Auffällig ist die bisher stark unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit der Akademikerberufe (Ingenieure, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker und Lehrer). Aus den geburtenstarken Jahrgängen wird in wenigen Jahren eine verstärkte Nachfrage nach Studienplätzen⁸ und anschließend nach Akademikerpositionen resultieren. In den Bereichen, in denen Akademiker durch Status- und Einkommensverzicht einen Arbeitsplatz besetzen können, ist mit einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der weniger Qualifizierten zu rechnen.

Bei der Gruppe mit *hohem Angebotsdruck* — etwa 6 vH der Erwerbstätigen — zu der sehr unterschiedliche Berufe gehören, war trotz steigender Arbeitsplatzzahl die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich. Vor allem bei den Speisebereitern, den technischen Sonderfachkräften, den Publizisten und Bibliothekaren sowie den sozialpflegerischen Berufen überstieg das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage; die Arbeitslosigkeit lag hier z. T. weit über dem Durchschnitt. Ein Blick auf 1981 zeigt hier indes keine weitere Verschlechterung.

Jeder fünfte Erwerbstätige war in einem Beruf mit *kritischer Arbeitsmarktposition* beschäftigt. Dies sind Berufe mit abnehmender oder stagnierender Arbeitsplatzzahl, deren Arbeitslosenanteil zwar, mit Ausnahme der Straßen- und Tiefbauarbeiter, 1980 unterdurchschnittlich war, die aber besonders von der erneuten Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Jahr 1981 betroffen wurden. Die Zuordnungen in dieser Kategorie sind z. T. mit Unsicherheiten behaftet, die Grenze zur Gruppe „ohne Zuordnung“ ist nicht scharf zu ziehen. Bei den größten Berufsgruppen dieser Kategorie, den Schlossern, Mechanikern und den Verkehrsberufen war der Arbeitsplatzabbau zwar relativ gering, und der Arbeitslosenanteil lag stark unter dem Durchschnitt; aber

eine Verdopplung der Arbeitslosenzahlen innerhalb eines Jahres deutet auf eine Gefährdung hin. Eine Sonderstellung nehmen die Berufe des Bauhaupt- und -nebgewerbes ein, die aus einer relativ günstigen Ausgangsposition heraus einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit hinnehmen mußten. Die derzeit schlechte Konjunkturlage läßt einen weiteren Arbeitsplatzabbau befürchten⁹. Allerdings ergeben sich aus den personalintensiven Aufgabenfeldern Stadterneuerung, Wohnungsbau und Energiesparen erhebliche Nachfragepotentiale, die den Bauberufen nach Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten gute Beschäftigungschancen geben könnten; die dauerhafte Abwanderung von Facharbeitern infolge wiederholter Arbeitslosigkeit könnte dann sogar zu Arbeitskräftemangel führen.

Als *ungünstig* wird die Arbeitsmarktposition der Berufe mit abnehmender Arbeitsplatzzahl und hoher relativer Arbeitslosigkeit bezeichnet. Vor allem in Berufen mit geringem Ausbildungsniveau (Metallerzeuger und -bearbeiter, Bauhilfsarbeiter sowie Lager- und Transportberufe) hat sich die schon extrem hohe Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich verstärkt. Besonders ungünstig war die Position der Warenprüfer und Versandfertigmacher, wenn auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesen Berufen 1981 nur noch unterdurchschnittlich war. Die starken Arbeitsplatzverluste im Textil- und Bekleidungs-gewerbe haben zu überdurchschnittlich hoher und ansteigender Arbeitslosigkeit geführt. Der Beruf mit der größten Zahl an Arbeitsplätzen — die Warenkaufleute — hat als einziger in dieser Kategorie einen hohen Lehrlingsanteil (12 vH) und ist von erheblicher Bedeutung für die Ausbildung und Beschäftigung von Frauen. Zwar war die Zunahme der Arbeitslosigkeit hier unterdurchschnittlich, aber der schon überdurchschnittliche Arbeitslosenanteil wird bei fortschreitender Konzentration und Rationalisierung im Einzelhandel wahrscheinlich weiter zunehmen. Über fünf Millionen Erwerbstätige waren 1980 in Berufen mit ungünstiger Arbeitsmarktposition beschäftigt.

Für einige Berufe war eine sinnvolle Zuordnung nicht möglich. So war bei den Elektrogerätebauern und -montierern und den Körperpflegern der Arbeitsplatzabbau zu geringfügig und bei den Nachrichtenverkehrsberufen die Arbeitslosigkeit so nahe beim Durchschnitt, daß eine Zuordnung unterblieb. Die „Hilfsarbeiter ohne nähere Angabe“ stellen eine Sammelkategorie dar, die vermutlich infolge von Zuordnungsunschärfen bei der Erhebung der Mikro-

⁸ Vgl. Angebot und Bedarf an Studienplätzen bis 1990, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981.

⁹ Vgl. Bauwirtschaft: Rezession setzt sich fort. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/81.

zensen sehr stark besetzt ist. Wegen der Verzerrung der Daten wurde hier auf eine Auswertung verzichtet. Bei den mithelfenden Familienangehörigen sind definitionsgemäß keine Arbeitslosenzahlen vorhanden, und außerdem liegt hier keine Berufsbezeichnung vor, die Aussagen über Tätigkeitsinhalte und Qualifikation enthält.

Zusammenfassung

Von 1973 bis 1980 sind etwa eine Million Arbeitsplätze verlorengegangen. Die einzelnen Berufe waren davon unterschiedlich stark betroffen. Einem starken Arbeitsplatzabbau in den Fertigungsberufen stand eine Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten in den technischen Berufen und den Dienstlei-

stungsberufen gegenüber. Als Einflußgrößen sind Rationalisierung, verstärkte internationale Arbeitsteilung und die Sonderentwicklung im Bausektor einerseits, die verbesserte Versorgung im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen andererseits anzuführen. Am stärksten war die Expansion in den Berufen des Rechnungswesens und in den Bürofach- und Hilfstätigkeiten. Prognosen der Berufsstruktur-entwicklung sind mit hohen Unsicherheiten behaftet; dennoch kann angenommen werden, daß in den achtziger Jahren die Aufnahmefähigkeit der Dienstleistungsberufe zurückgehen wird. Unter dem Einfluß neuer Techniken (Mikroelektronik) eröffnen sich zumal in den Büro- und Verwaltungstätigkeiten Rationalisierungsmöglichkeiten, die sogar zu einem Rückgang der Arbeitsplatzzahl führen könnten.

Zur Subventionierung der Agrarwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

In den Auseinandersetzungen um die künftige Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft und ihres Haushalts nehmen die agrarpolitisch determinierten finanziellen Lasten eine zentrale Stellung ein. Bekanntlich wird der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgeworfen, sie behindere durch ihre Ansprüche an den EG-Haushalt die Weiterentwicklung anderer Politikbereiche wie Sozial- und Regionalpolitik. In der Tat wird der Finanzbedarf der Gemeinschaft seit deren Bestehen von den Ausgaben für den Agrarbereich beherrscht¹. Gegenwärtig entfallen immerhin noch rund zwei Drittel der Gemeinschaftsausgaben auf diesen Sektor. Dabei handelt es sich vor allem um die Kosten der landwirtschaftlichen „Marktordnungen“ für Vorratshaltung, Ausfuhrerstattungen und andere Folgen der Marktregulierung, für die ausschließlich die Europäische Gemeinschaft zuständig ist.

Die „eigenen Einnahmen der EG“ in der Bundesrepublik Deutschland (hauptsächlich Anteil an der Umsatzsteuer und den Zöllen) betrugen 1980 brutto rund 11,5 Mrd. DM und nach Abzug der Kosten für die Erhebung dieser Einnahmen rund 10,9 Mrd. DM. Im Rahmen der EG-Marktordnungen wurden dem Bund im gleichen Jahr 6,5 Mrd. DM erstattet; die Nettoszahungen der Bundesrepublik Deutschland erreichten 4,4 Mrd. DM² (1970: 0,5 Mrd. DM, 1973/74 je 2 Mrd. DM, 1975/79 im Durchschnitt 3,5 Mrd. DM).

Für jene Teilbereiche der Agrarpolitik, die weiterhin in einzelstaatlicher Verantwortung geblieben sind, leistet die Gemeinschaft nur ergänzende und zum Teil plafonidierte Finanzhilfen. Dies bedeutet, daß die Mitgliedsländer selbst noch in erheblichem Umfang Mittel in ihre Haushalte zur Finanzierung der Agrarpolitik einstellen³.

Die gesamten Finanzhilfen im Überblick

Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die Finanzhilfen an Unternehmen in Subventionen und Vermögensübertragungen gegliedert. Als Vermögensübertragungen werden vor allem Investitionszuschüsse eingestuft, in der Landwirtschaft aber z. B. auch die staatlichen Zuschüsse für die Flurbereinigung. Ausgangsinformationen über die Disaggregation aller Zahlungen gibt ein Sonderheft des Statistischen Bundesamtes, in dem die Staatsausgaben nach Ausgabearten⁴ für die Jahre 1970 bis 1978 ausgewiesen sind. Diese Daten wurden, zum Teil mit Hilfe von Schätzungen, bis 1980 fortgeschrieben.

Innerhalb von zehn Jahren nahmen die Finanzhilfen an Unternehmen von rund 18 Mrd. auf 48 Mrd.

DM zu; sie stiegen rascher als die Bruttowertschöpfung der Unternehmen. Bereits die Dreiteilung der Zahlungen auf den Agrarbereich, den Verkehr und die übrige Wirtschaft charakterisiert typische Schwerpunkte und auch strukturelle Verlagerungen. So entfielen 1970 vom Gesamtbetrag noch 37 vH auf die Landwirtschaft, 1980 nur noch 21 vH. Die Finanzhilfen an den Verkehrsbereich — hauptsächlich an die Bundesbahn und den übrigen öffentlichen Personenverkehr — entwickelten sich annähernd proportional, d. h. die Dynamik der Zuschüsse lag bei der „übrigen Wirtschaft“. Überproportional stiegen vor allem die staatlichen Hilfen im Energiebereich.

Die erste Tabelle zeigt ferner, daß Subventionen und Vermögensübertragungen insgesamt etwa das gleiche Gewicht haben. In der Landwirtschaft dominieren allerdings eindeutig die Subventionen. Auch im Verkehr haben sie das Übergewicht, während in der übrigen Wirtschaft die Investitionszuschüsse an erster Stelle stehen. In der Tabelle ist der „Kohlepfennig“ (Umlage in der Energiewirtschaft) gesondert aufgeführt, da diese Zahlungen den Staatshaushalt nicht belasten. Ferner werden die über Steuernachlässe — insbesondere 1976/77 — gewährten Investitionszulagen angegeben, um deutlich zu machen, daß die Übertragungen an Unternehmen in der üblichen Abgrenzung sowohl Ausgaben als auch Mindereinnahmen umfassen.

Subventionierung der Agrarwirtschaft

Von den in der Tabelle global für die Landwirtschaft genannten Beträgen entfällt inzwischen der größte Teil auf die Marktordnungsausgaben der EG. Bis einschließlich 1970 wurden diese Ausgaben

¹ Die langfristige Entwicklung der Ausgabenstruktur im EG-Haushalt ist vom DIW vor kurzem ausführlich dargestellt worden. Vgl.: Fehlprogrammierte Reform? — Zur künftigen Gestaltung der Finanztransfers in der EG. Bearb.: Fritz Franzmeyer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48/81.

² Zur Problematik derartiger Nettorechnungen vergleiche ebenfalls den Wochenbericht, Nr. 48/81.

³ Nach Angaben der EG-Kommission für das Jahr 1977 haben die nationalen Ausgaben mit 7,3 Mrd. ERE, dies entspricht rd. 20 Mrd. DM, um 5 vH über den Gemeinschaftsausgaben gelegen. Bezieht man die Ansätze für die soziale Sicherung der Landwirte mit ein, so haben die Mitgliedsländer im Durchschnitt etwa doppelt so viel für die Agrarwirtschaft ausgegeben wie die Gemeinschaft. Vgl.: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die Lage der Landwirtschaft. Bericht 1980, Brüssel-Luxemburg 1980, S. 243.

⁴ Statistisches Bundesamt: Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1978. Fachserie 18, Sonderheft 54, Wiesbaden 1981.

Finanzhilfen an Unternehmen im Überblick¹⁾

In Mrd. DM

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Subventionen	9,6	9,8	12,1	14,9	14,8	15,2	16,6	19,3	23,8	24,8	23,7
Vermögensübertragungen	8,0	8,6	9,8	11,4	13,9	13,6	18,4	19,0	20,4	22,7	23,9
Insgesamt	17,6	18,4	21,9	26,3	28,7	28,8	35,0	38,3	44,2	47,5	47,6
davon											
Agrarbereich	6,5	5,6	4,7	5,9	5,5	5,5	6,3	7,7	9,6	9,8	9,9
Verkehr ²⁾	4,7	5,4	8,1	9,6	10,0	10,4	10,4	11,4	13,7	14,4	12,2
Übrige Wirtschaft	6,4	7,4	9,1	10,8	13,2	12,9	18,3	19,2	20,9	23,3	25,5
davon											
Kohlepfennig ³⁾	-	-	-	-	-	0,3	1,1	1,4	1,6	2,7	2,0
Staatl. Leistungen	6,4	7,4	9,1	10,8	13,2	12,6	17,2	17,8	19,3	20,6	23,5
a) Mindereinnahmen ⁴⁾	0,4	0,9	1,2	1,2	1,3	1,2	5,3	4,9	2,2	1,5	1,7
b) Ausgaben	6,0	6,5	7,9	9,6	11,9	11,4	11,9	12,9	17,1	19,1	21,8

1) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18, Reihe 1 und 5.4), ergänzt durch eigene Berechnungen.- 2) z.T. auch Zahlungen an die Deutsche Bundespost.- 3) Umlage in der Energiewirtschaft zur Förderung des Kohlenabsatzes.- 4) Investitionszuschüsse über Kürzungen der Steuerschuld bei der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

unmittelbar vom Bund getragen, seitdem werden sie in der Anlage E zu Kapitel 1004 des Bundeshaushalts nachrichtlich aufgeführt. Der Bund bekommt diese Ausgaben von der EG erstattet. Da er aber vom Steueraufkommen in der Bundesrepublik⁵ mehr an die EG abführt, als er über die Erstattungen von ihr erhält, bleibt per Saldo eine erhebliche „nationale Belastung“.

Die Gliederung in der zweiten Tabelle — EG-Haushalt und Staatshaushalt — kennzeichnet also weniger eine Kostenverteilung, sie setzt vielmehr die Folgekosten der Marktordnungen von den speziellen Subventionen an die Landwirtschaft aus dem Staatshaushalt ab. Aus der Vielzahl von Einzelpositionen in der „Anlage E“ wurden vier Positionen gebildet: Ausfuhrerstattungen einschließlich Währungs- und Preisausgleich, Kosten der Vorratshaltung, Maßnahmen zum Abbau der Überschüsse und Verarbeitungszuschüsse einschließlich sonstiger Zahlungen. Alle Kosten stehen in engem Zusammenhang mit der Agrarpolitik. Sie stellen gewissermaßen die Systemkosten der gemeinsamen Agrarpolitik dar und sind im Transferbereich schwer einzuordnen.

Die Subventionszahlungen empfangen ganz überwiegend der Großhandel und die Nahrungs- und Futtermittelindustrie. Subventioniert aber wird z. B. das Ausland, wenn der Großhandel landwirtschaftliche Produkte unter Weltmarktpreis exportiert und dafür eine staatliche Ausgleichszahlung erhält. Von einer Begünstigung ausländischer Abnehmer keine nicht die Rede sein, wenn zu Weltmarktpreisen

exportiert wird und diese kostendeckende Exporte nicht zulassen. Ursache aller Zahlungen ist letztlich die Überschußproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die zu Marktpreisen nicht abzusetzen sind, aber — wenn auch teuer und zu Lasten der Allgemeinheit — einer Verwendung zugeführt werden müssen. Dabei spielten Maßnahmen zum Überschußabbau (insbesondere von Buttevvorräten) in den letzten Jahren praktisch keine Rolle. Es dominierten die Kosten für Ausfuhrerstattungen. Dem Betrag von 3,15 Mrd. DM im Jahre 1980 stehen allerdings Einnahmen aus Einfuhrerstattungen in Höhe von 0,72 Mrd. DM gegenüber. Andererseits zählen Nahrungsmittelhilfe-Aktionen der Gemeinschaft (0,4 Mrd. DM) nicht zu den Subventionen. Ausgehend von den — bereits genannten — 6,5 Mrd. DM Nettoausgaben für EG-Marktordnungen entfielen 1980 in Mrd. DM auf:

Ausfuhrerstattungen und	
Währungsausgleich	2,5
Nahrungsmittelhilfen	0,4
Interventionen auf dem Binnenmarkt	3,6
davon:	
Milch und Milcherzeugnisse	2,2
Getreide	0,4
Zucker	0,2
Fette	0,4
Sonstige Maßnahmen	0,4

⁵ Von den „eigenen Einnahmen“ der EG entfielen 1980 rund 10,6 Mrd. DM auf Umsatzsteuer und Zölle, 0,9 Mrd. DM auf sonstige Einnahmen aus Abschöpfungen, der Produktionsabgabe für Zucker u. a.

Struktur der Finanzhilfen an den Agrarbereich 1970 bis 1980

in Mrd. DM

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ¹⁾	1980 ¹⁾
Finanzhilfen insgesamt	6,54	5,61	4,73	5,91	5,52	5,45	6,29	7,65	9,64	9,78	9,84
EG-Haushalt	2,78 ²⁾	1,43	1,68	2,89	2,79	2,81	3,60	4,98	6,82	6,90	6,93
Kosten für Ausfuhrerstattungen ³⁾	0,98	0,51	0,58	0,83	0,78	1,05	1,14	2,07	2,51	2,91	3,15
übrige Kosten	1,80	0,92	1,10	2,06	2,01	1,76	2,46	2,91	4,31	3,99	3,78
Vorratshaltung	0,77	0,30	0,42	0,68	0,60	0,48	1,22	1,90	2,82	2,23	1,77
Maßnahmen zum Überschubabbau	0,41	0,06	0,03	0,58	0,59	0,49	0,34	—	0,03	0,03	0,05
Verarbeitungszuschüsse an die Ernährungsindustrie	0,62	0,56	0,65	0,80	0,82	0,79	0,90	1,01	1,46	1,73	1,96
Staatshaushalt	3,76	4,18	3,05	3,02	2,73	2,64	2,69	2,67	2,82	2,88	2,91
Kosten für Ausfuhrerstattungen	0,36	0,23	0,17	0,01	0,01	0,05	—	—	—	—	—
übrige Kosten	3,40	3,95	2,88	3,01	2,72	2,59	2,69	2,67	2,82	2,88	2,91
Nationale Vorratshaltung	0,25	0,32	0,24	0,18	0,17	0,17	0,11	0,09	0,25	0,23	0,24
Verarbeitungszuschüsse an die Ernährungsindustrie	—	—	—	—	—	—	0,31	0,24	0,27	0,23	0,24
Sonstige Finanzhilfen	3,15	3,63	2,64	2,83	2,55	2,42	2,27	2,34	2,30	2,42	2,43
Landwirtsch. Unfallversichg.	0,21	0,42	0,05	0,30	0,53	0,41	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40
Zinszuschüsse	0,41	0,51	0,41	0,45	0,43	0,45	0,42	0,48	0,34	0,31	0,28
Investitionszuschüsse	1,10	0,96	0,80	0,90	0,94	0,89	0,79	0,79	0,87	0,92	0,91
Gasölverbilligung	0,41	0,41	0,47	0,51	0,54	0,57	0,54	0,57	0,58	0,64	0,68
DM-Aufwertungsausgleich	0,91	0,93	0,80	0,60	—	—	—	—	—	—	—
übrige Zuschüsse	0,11	0,40	0,11	0,07	0,11	0,10	0,12	0,10	0,11	0,15	0,16

1) z.T. Schätzungen des DIW.- 2) Marktordnungen, 1970 noch im Staatshaushalt.- 3) Einschließlich Währungs- und Preisausgleich.
Quellen: Haushaltsrechnungen des Bundes und der Länder, Subventionsberichte, Agrarberichte.

Ergänzend zur Gliederung in der zweiten Tabelle wird also deutlich, daß der Markt für Milch und Milcherzeugnisse die größten Kosten verursacht, einschließlich Ausfuhrerstattungen waren es 1980 rund 3 Mrd. DM. Allein eine Mrd. DM wurde für die Verwendung von Magermilch für Futterzwecke aufgewendet.

Unmittelbare Finanzhilfen für die Landwirtschaft

Neben diesen Ausgaben für die Agrarwirtschaft fördert der Staat in erheblichem Umfang die Landwirtschaft unmittelbar durch Maßnahmen verschiedener Art. Es handelt sich dabei um die in der Tabelle aufgeführten „sonstigen Finanzhilfen“, ferner um Steuervergünstigungen sowie um Zuschüsse im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialpolitik. Alle diese Beträge, die über die EG-Marktordnungen hinaus gezielt die Einkommenslage der Landwirte verbessern, sind in der dritten Tabelle zusammengefaßt worden.

Die „sonstigen Finanzhilfen“ umfassen auch die Zuschüsse des Bundes an die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Ihre Zuordnung zu den Subventionen geht auf ältere Abgrenzungen zurück, als die Beiträge zur Unfallversicherung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung noch wie indirekte Steuern behandelt wurden. Inhaltlich gehören die Zahlungen zur landwirtschaftlichen Sozialpolitik und

sind in der Tabelle entsprechend „umgesetzt“ worden.

Als Sonderposten anderer Art ist unter den Subventionen der DM-Aufwertungsausgleich zu nennen. Infolge der Agrarpreisfestsetzung in Europäischen Rechnungseinheiten entstanden den Landwirten durch die DM-Aufwertung 1969 Verluste, die teils durch unmittelbare Zuschüsse (Subventionen), teils durch Kürzungsansprüche bei der Umsatzsteuer (Steuerausfälle) ausgeglichen wurden. Beide Maßnahmen sind inzwischen ausgelaufen; sie brachten der Landwirtschaft im Zeitraum 1970 bis 1980 rund 13 Mrd. DM.

Relativ konstante Beträge werden für Investitionszuschüsse an die Landwirtschaft aufgewendet. Im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ handelt es sich dabei vor allem um Maßnahmen der Flurbereinigung, der einzelbetrieblichen Förderung und der Verbesserung der Marktstruktur. Das gesamte Programm der Gemeinschaftsaufgabe reicht wesentlich weiter und umfaßt ferner Ausgaben für Wasserwirtschaft, Kulturbau und Küstenschutz.

Funktional ist zwischen den Zinszuschüssen (Subventionen) und den Investitionszuschüssen (Vermögensübertragungen) keine eindeutige Trennung

Unmittelbare Finanzhilfen an die Landwirtschaft

in Mrd. DM

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
1. Agrarbereich ¹⁾	2,94	3,21	2,59	2,63	2,02	2,01	1,87	1,94	1,90	2,02	2,03
2. Sozialpolitik	0,86	1,13	0,91	1,90	2,37	2,55	2,72	2,89	3,14	3,33	3,51
Unfallversicherung	0,21	0,42	0,05	0,30	0,53	0,41	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40
Krankenversicherung	—	—	—	0,43	0,52	0,63	0,66	0,69	0,73	0,80	0,88
Rentenversicherung ²⁾	0,65	0,71	0,86	1,17	1,32	1,51	1,66	1,80	2,01	2,13	2,23
3. Steuervergünstigungen	1,89	2,02	2,22	2,55	2,66	2,72	2,70	2,71	2,40	2,25	1,77
Mehrwertsteuer ³⁾	0,73	0,81	0,90	0,95	0,97	1,24	1,13	0,94	0,68	0,48	0,24
Einkommensteuer u.a. ⁴⁾	1,16	1,21	1,32	1,60	1,69	1,48	1,57	1,77	1,72	1,61	1,36
1.- 3. Insgesamt	5,68	6,36	5,72	7,08	7,05	7,28	7,29	7,54	7,44	7,60	7,31
Zum Vergleich:											
Produktionswert der Landwirtschaft	37,5	39,5	42,9	47,5	46,2	51,0	56,3	58,0	59,0	59,9	61,5
Finanzhilfen in vH	15,1	16,1	13,3	14,9	15,3	14,3	12,9	13,0	12,6	12,7	11,9

1) Sonstige Finanzhilfen aus Tabelle 2 ohne Unfallversicherung.- 2) Landwirtschaftliche Altershilfe einschließlich Zusatzversorgung für Arbeitnehmer.- 3) Kürzungsansprüche bei der Abführung der Umsatzsteuer, die 1970 bis 1980 zum Ausgleich von Aufwertungsverlusten neben den direkten Zahlungen (siehe Tabelle 2: DM-Aufwertungsungleich) gewährt wurden.- 4) Einschließlich Kraftfahrzeugsteuer, 1980: 0,16 Mrd. DM.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Subventionsberichte, Agrarberichte, 1979/80 z.T. geschätzt.

gegeben. Der größte Teil der Zinszuschüsse geht auf besondere Zinsverbilligungsaktionen zurück, deren Volumen in den letzten Jahren deutlich kleiner geworden ist. Neben direkten Zahlungen erhält die Landwirtschaft auch indirekte Zinszuschüsse über billige öffentliche Darlehen. Diese Hilfen – mit dem Schwerpunkt beim Wohnungsbau – werden aber in den üblichen Abgrenzungen nicht in die staatlichen Transferzahlungen an Unternehmen einbezogen.

Ein gewichtiger Posten unter den sonstigen Finanzhilfen sind ferner die Zuweisungen nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft (Treibstoffverbilligung für Ackerschlepper, Maschinen und Sonderfahrzeuge). Es handelt sich um Erstattungen für versteuertes Gasöl (Dieselkraftstoff) und damit nur bedingt um eine Subventionierung der Landwirte. Die Mineralölsteuer wird zwar nicht zweckgebunden erhoben, kann aber als spezielle Straßenbenutzungsabgabe interpretiert werden. Analog zur landwirtschaftlichen Nutzung von Fahrzeugen werden auch im schienengebundenen Verkehr Gasölverbilligungen gewährt.

Die soziale Sicherung der Landwirte stellt ein zentrales Anliegen der nationalen Agrarpolitik auch in der Bundesrepublik dar. Ihre Kosten haben im vergangenen Jahrzehnt stark expandiert und mit jährlich inzwischen rund 3,5 Mrd. einen erheblichen Anteil an den unmittelbaren Finanzhilfen erreicht. Größter Einzelposten sind die Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Rentenversicherung, gefolgt vom Bundeszuschuß für die Krankenkasse und die Unfallversicherung der Landwirte. Mit dem Ausbau

der sozialen Sicherung in der Landwirtschaft haben die dort tätigen Menschen einen mit der übrigen Wirtschaft durchaus vergleichbaren Stand der Sicherung erreicht. Zur Relativierung von Größenordnungen sei auf die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter (1980: 22 Mrd. DM) und die Knappschaftsversicherung (8 Mrd. DM) verwiesen. Zwischen der landwirtschaftlichen Alterssicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung besteht eine Parallele, denn sowohl in der Landwirtschaft als auch im Bergbau hat die Beschäftigung stark abgenommen mit der Konsequenz, daß Umlagen von den Erwerbstätigen zu den Rentnern ohne Zuschüsse nicht zu finanzieren sind.

Dritter großer Posten der unmittelbar wirksamen Finanztransfers an die Landwirtschaft sind die Steuererleichterungen, die im wesentlichen den Einkommensteuerbereich betreffen.

Die Beträge, die z. B. 1980 rund 0,16 Mrd. DM Kraftfahrzeugsteuer einschließen, wurden den Subventionsberichten der Bundesregierung entnommen. Auf den Mehrwertsteuerausgleich im Zusammenhang mit der DM-Aufwertung von 1969 wurde bereits hingewiesen. Faßt man alle Positionen der dritten Tabelle zusammen, so ergeben sich seit 1973 fast konstant „direkt einkommenswirksame Finanzhilfen“ an die Landwirtschaft in der Größenordnung von jährlich 7 Mrd. DM. Gemessen am Produktionswert der Landwirtschaft (ohne Forstwirtschaft und Fischerei) errechnen sich Subventionsquoten, die im Berichtszeitraum von 15 auf 12 vH abgenommen haben.

Zusammenfassung

Ausgehend von den Subventionen und Vermögensübertragungen an Unternehmen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die im Zeitraum 1970 bis 1980 von rund 18 Mrd. auf 48 Mrd. DM zugenommen haben, sind die Zahlungen an den Agrarbereich und die Landwirtschaft im engeren Sinne in ihren wesentlichen Komponenten analysiert worden. Dabei wurde deutlich, daß die Ausgangsdaten (von 6 Mrd. auf 10 Mrd. DM ansteigende Zahlungen an den Agrarbereich) ebenso zu relativieren sind wie die Beträge, die der Landwirtschaft im engeren Sinne zugeordnet wurden.

Als Richtmaß für Größenordnungen können gegenwärtig je 7 Mrd. DM jährlich für die Kosten der

EG-Marktordnungen und die unmittelbaren Ausgaben an die Landwirtschaft genannt werden. Zusammen entspricht das etwa Aufwendungen in Höhe von 1 vH des Bruttosozialprodukts. Obwohl die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sich seit 1960 mehr als halbiert hat und von 1970 bis 1980 von 2,3 Mill. auf 1,5 Mill. zurückging, sind die Interventionskosten hoch geblieben. Sie entsprechen im Umfang den Beträgen, die der Staat auch im Verkehrsbereich (einschließlich Zuschüsse zu den Personalkosten) und im Energiebereich (einschließlich Zuschüsse an die Knappschaftsversicherung) finanzieren muß. Angesichts der schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage werden diese Schwerpunkte staatlicher Interventionspolitik immer mehr zu einer drückenden Last.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Wandel von Berufsstruktur und Arbeitsmarktpositionen. Bearbeitet von Ulrich Brasche. —

Zur Subventionierung der Agrarwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeitet von Oskar de la Chevallerie und Peter Hrubesch.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.